

**Stadt Haan**  
Niederschrift über die  
**2. Sitzung des Bau-, Vergabe-, Verkehrs- und  
Feuerschutzausschusses der Stadt Haan**  
am Donnerstag, dem 18.02.2010 um 17:30 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:30

Ende:  
20:24

**CDU-Fraktion**

AM Heinz Bogatzki  
Stv. Wolfgang Goeken  
Stv. Udo Greeff  
Stv. Jens Lemke  
AM Jens Mühlmeister  
Stv. Dr. Karl-August Niepenberg  
AM Dr. Reinhard Pech

Vertretung für AM Ursula Borgmann

**SPD-Fraktion**

Stv. Uwe Elker  
AM Michael Heinze  
AM Bernd Krumsiek  
Stv. Michael Petersen  
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für Stv. Jörg Dürr

bis TOP 15

**FDP-Fraktion**

AM David Hinz  
AM Wolfgang Koziol  
Stv. Klaus Straßburg

Vertretung für Stv. Patrick Sobbe

**GAL-Fraktion**

Stv. Petra Lerch  
Stv. Andreas Rehm

Vertretung für AM Stephanie Zambon

**UWG-Fraktion**

AM Christian Bigalke

**Die Linke**

AM Peter Schniewind

Vertretung für AM Klaus Walter

**Verwaltung**

Beigeordnete/r Matthias Buckesfeld  
Frau Ute Eden  
Herr Guido Mering  
Herr Jürgen Rautenberg  
Herr Michael Rennert

Herr Guido Rose  
Herr Carsten Schlipkötter

**Schriftführer**

Herr Fabian Winkler

**Der/Die Vorsitzende** eröffnet um 17:30 Uhr die 2. Sitzung des Bau-, Vergabe-, Verkehrs- und Feuerschutzausschusses der Stadt Haan. Er/Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er/Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **. / Belange des Feuerschutzes**

---

### **1./ Beantwortung von Anfragen**

---

#### **Protokoll:**

Es liegen keine Anfragen vor.

### **2./ Mitteilungen**

---

#### **Protokoll:**

**StORR Rennert** teilt mit, der Landrat habe die Stadt Haan aufgefordert, zum 1. Entwurf des Rettungsdienstbedarfsplanes bis Ende März Stellung zu nehmen. Der BVVFA werde am weiteren Verfahren entsprechend beteiligt.

**. / Bauangelegenheiten**

---

**3./ Bericht über Bauprojekte  
Vorlage: 66/007/2010**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**Beschluss:**

"Der Bericht der Verwaltung über die Baustellen des Tiefbauamtes wird zur Kenntnis genommen."

**4./ Berichte zum Stand verschiedener Bauprojekte des Gebäudemanagements (GM)  
Vorlage: 65/012/2010**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**Beschluss:**

"Der Bericht zum Stand der Bauprojekte des Gebäudemanagements wird zur Kenntnis genommen."

**5./ Neubau GS Dieker Str. und Neubau und Ertüchtigung Feuerwache**

---

**Nordstr.**  
**hier: Bericht zum Stand der beiden PPP-Verfahren**  
**Vorlage: 65/011/2010**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**Beschluss:**

"Der Bericht zum Stand der beiden PPP-Projekte des Gebäudemanagements wird zur Kenntnis genommen."

**6./ Antrag der UWG-Fraktion vom 11.01.2010**  
**hier: Schaffung eines weiteren Zu- und Ausgangs für das Parkhaus Schillerstraße**  
**Vorlage: III/007/2010**

---

**Protokoll:**

Da das vorgeschlagene Vorhaben der UWG-Fraktion zusätzliche Kosten zur Folge habe, möchte **Stv. Straßburg** mit einer evtl. Umsetzung warten, bis Klarheit über die Situation am Neuen Markt herrsche und nennt u.a. die ungewisse Zukunft und Umsetzung des Windhövel-Projektes.

**AM Heinze** empfiehlt in dieser Frage den PIUA zu beteiligen.

Der Vorsitzende, **Stv. Lemke**, ergänzt, auch die Stadtwerke als Eigentümer der Tiefgarage seien zu beteiligen.

**Stv. Rehm** möchte diesen Antrag in diesem Sinne zunächst nur zur Kenntnis nehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

---

**Beschluss:**

"Der Antrag der UWG-Fraktion wird zur Kenntnis genommen."

---

**. / Verkehrsangelegenheiten**

---

**7./ Verkehrsentwicklungsplanung Haan (VEP)**

**hier: Beschluss des Verkehrsentwicklungsplans Stufe I:  
Zustandsanalyse und Verkehrsprognose 2025**

**Vorlage: 61/011/2010**

---

**Protokoll:**

**AM Dr. Pech** erklärt für die CDU-Fraktion, die Umsetzung eines gesamtstädtischen Radwegenetzes sei vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Haushaltssituation nicht zu stemmen. Das Straßen- und Fußwegenetz sei im ersten Teil größtenteils mit guten Noten bewertet worden. Auch der ÖPNV sei als gut eingestuft worden. Es müssten nun alle vorhandenen Mängel einer Priorisierungsprüfung unterzogen werden. Es sei nicht alles im vollen Umfang umsetzbar. Untersuchungsbedarf sehe die CDU-Fraktion insbesondere in Gruiten nach der Inbetriebnahme der K 20n. Dem Inhalt für einen zweiten Teil möchte die CDU-Fraktion nur mit Einschränkungen zustimmen. So sei ein Gesamtkonzept für den Kfz-Verkehr nicht erforderlich, von einer kritischen Zunahme der Verkehrslasten in Zukunft könne nicht gesprochen werden. Das geplante LKW-Führungskonzept müsse nicht flächig durchgeführt und könne auf das Gebiet der Südstadt beschränkt werden. Eine neue Bestandsaufnahme in Gruiten werde als sinnvoll angesehen, das Handlungskonzept für den Fußgängerverkehr solle offener gehalten werden. Daher beantrage die CDU-Fraktion, den vorliegenden Beschlussvorschlag zu splitten und die vorliegende Liste „offen“ zu gestalten.

**Bgo. Buckesfeld** macht deutlich, bei der Anlage 2 der Vorlage handele es sich um eine Vorschlag für ein –vergaberechtlich relevantes- Leistungsverzeichnis an einen potentiellen Bieter. Offene Listen stellten sich dabei als ein Problem des Vergaberechts dar, eine konkrete Festlegung des angefragten bzw. beauftragten Leistungsumfangs sei daher vonnöten. Es seien primär bauliche und verkehrslenkende Maßnahmen in den Fokus zu nehmen. Die Maßnahmen zum Fußgängerverkehr könnten zwar ergänzt bzw. verändert werden, jedoch dürfe am Ende keine offene Liste stehen. Ob das Geld für ein Gesamtkonzept in Sachen Fahrradverkehr ausreiche, sei letztlich eine Frage der politischen Prioritäten.

**AM Heinze** stimmt einer Splittung des Beschlussvorschlages für die SPD-Fraktion zu: Auch er meint, der 2. Teil des Verkehrsentwicklungsplanes solle differenzierter in Auftrag gegeben werden. Er ist der Ansicht, dass ein Gesamtkonzept für den Kfz-Verkehr gegenüber den Maßnahmen für Fußgänger nachrangig sei, weil zunächst an die schwächeren Verkehrsteilnehmer zu denken sei. In der Priorität folge dann die Prüfung der Verkehrsführung Martin-Luther-Str. / Turnstr. / Königgrätzer Str. bzw. die

---

Verlagerung der K 5. Das LKW-Führungskonzept könne sich als irreführend für die Bürger erweisen: Untersuchungen hätten deutlich herausgestrichen, dass so viele LKW gar nicht durch Haan führen. Eine reduzierte Verkehrszählung für den Bereich Gruiten sei sinnvoll. Das Fahrradwege-Konzept könne demgegenüber vernachlässigt werden. Die alte Ortsdurchfahrt Gruiten leide noch immer unter überhöhten Geschwindigkeiten der Kfz. Er möchte wissen, wann die Verwaltung hier endlich tätig werde.

**Bgo. Buckesfeld** streicht heraus, dass die Stadt Maßnahmen an der K 20 alt erst in Angriff nehmen könne, wenn der Kreis ihr dies erlaube. Die Anlage 2 stelle eine prioritätslose Maßnahmenammlung dar, die zeitlich abgestuft grundsätzlich beschlussfähig sei. Aus den bisherigen Wortbeiträgen habe er eine prioritäre Beauftragung für das Fußgängerkonzept herausgehört. Im Folgenden nennt er die voraussichtlichen Kosten für die einzelnen Module und beziffert die Gesamtkosten mit ca. 54.000 € netto. Dementsprechend seien in den Haushaltsberatungen die Haushaltsansätze zu bilden.

**Stv. Straßburg** will den Beschlussvorschlag ebenso getrennt abstimmen lassen. Die Ist-Analyse sei in Ordnung, ein Handlungskonzept aus Sicht der FDP-Fraktion nicht notwendig. Gefahrenpotenzial sehe man nur am Knotenpunkt "Polnische Mütze".

**Stv. Rehm** meint, dass man sich bereits vor 10 Jahren um das Radwegenetz hätte kümmern müssen. Das Gesamtkonzept für den Fahrradverkehr sei sicher nicht innerhalb von 2 Jahren komplett umsetzbar, dennoch dürfe die Sicht auf den Radverkehr nicht verloren gehen. Daher sollte ein Teil dieser Untersuchungen durchaus mit in Auftrag gegeben werden. Es müsse der Grundsatz "Prävention vor Gefahrentstehung" gelten. Probleme bereiteten in jedem Falle die Strecke nach Solingen, die chronisch überlastet seien. Die einzelnen Module sollten nach Priorität sortiert und nach und nach in Auftrag gegeben werden.

**Bgo. Buckesfeld** erklärt, die Verwaltung habe für die komplette Abarbeitung einen Planungshorizont von mind. 15 Jahren veranschlagt.

**AM Heinze** wirft ein, die Gelder für den Ausbau des Knotenpunktes "Polnische Mütze" würden für längere Zeit nicht aufgebracht werden können. Die Radwege zu den Schulen sollten mit in Auftrag gegeben werden. Die reduzierte Verkehrszählung in Gruiten habe nach den Maßnahmen für die Fußgänger die nächsthöchste Priorität, die angedachte Querungsmöglichkeit für Fußgänger in der Innenstadt müsse bald in die Planung, da die B 228 bald keine Bundesstraße mehr sei.

**TA Mering** gibt zu bedenken, das Problem bei einer solchen Querungsmöglichkeit laut Gutachter sei, den Linksabbieger-Verkehr in die Martin-Luther-Straße abfließen zu lassen.

**Stv. Greeff** warnt davor, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen. Man solle daher nichts öffentlichkeitswirksam in Auftrag geben, was hinterher aus finanziellen Gründen nicht zu realisieren sei. Haan sei topografisch einfach schwieriger zu bearbeiten als z.B. die Nachbarstadt Hilden.

**Stv. Straßburg** wünscht sich für die nächste Sitzung eine explizite Kostenaufstellung

---

nach Modulen sortiert.

**AM Schniewind** erinnert an die Lärmschutzaktionsplanung und möchte derartige Aufträge in einen verkehrspolitischen Gesamtzusammenhang stellen.

**Bgo. Buckesfeld** führt aus, eine Auftragsvergabe könne aus haushaltstechnischen Gründen erst im Herbst dieses Jahres erfolgen.

**AM Dr. Pech** weist beim Radweg zum Gymnasium darauf hin, die Entwicklung im Bereich Schasiepen im Auge zu behalten.

**Bgo. Buckesfeld** erklärt, dieses Thema sei planerisch bereits durch die Erarbeitung eines B-Plan-Entwurfs vorbereitet, nur Grundstücksfragen seien noch zu klären. Ansonsten resümiert er die vorangegangenen Beratungen wie folgt: Die Verwaltung solle zu Nr. 2 des Beschlussvorschlages zur nächsten Sitzung des BVVFA ein neues Leistungsverzeichnis mit modulweiser Kostenaufstellung präsentieren. Die Prioritäten seien....

1. Handlungskonzept für den Fußgängerverkehr
2. Zählung der Verkehrsbelastung im Ortsteil Gruiten nach Eröffnung der K 20n
3. Handlungskonzept für den Fahrradverkehr auf Schulwegen

Die Maßnahmen für den Kfz-Verkehr sollten situativ mit dem Kreis besprochen werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

#### **Beschluss:**

„Der vorgelegte Entwurf zum Verkehrsentwicklungsplan Haan – Stufe I – "Zustandsanalyse und Verkehrsprognose 2025" mit Stand vom November 2009 wird beschlossen. Die Verwaltung legt zur nächsten Sitzung des BVVFA ein neues Leistungsverzeichnis vor.“

#### **8./ Einsatz des Geschwindigkeitsmessgerätes 2010 Vorlage: 66/005/2010**

---

#### **Protokoll:**

Zu Beginn werden die Wunschstandorte von Bürgerschaft und Politik gesammelt: Robert-



---

Koch-Str., Nordstr., Hochstr, Landstr., Beethovenstr., Bismarckstr., Pastor-Vömel-Str., Flurstr., Friedrichstr., Turnstr. und Adlerstr.

**Stv. Greeff** bittet die Standorte des Geschwindigkeitsmessgerätes auf der Haaner Homepage zu veröffentlichen.

**AM Heinze** bittet die Auswertung vorzulegen.

**Bgo. Buckesfeld** weist darauf hin, dass dies in der Vergangenheit auch schon gemacht worden sei, man werde gerne weiter so verfahren.

**Stv. Elker** möchte den Tempo-30-Zonen Vorrang als Standort einräumen.

**Stv. Greeff** fragt, ob ein Radarmessgerät durch die Verwaltung mit den entsprechenden Konsequenzen (Buß- und Verwarngelder) in Haan aufgestellt werden könne, was von **Bgo. Buckesfeld** verneint wird.

**Bgo. Buckesfeld** möchte nicht unnötig Daten sammeln, sondern mit diesen Geräten verkehrserzieherisch tätig werden.

**Stv. Rehm** erbittet eine Aufstellung zu Aufwand / Kosten einer Messung mit dem mobilen Geschwindigkeitsmessgerät zum Protokoll bzw. in einer der nächsten Sitzungen.

Letztlich wird Einigung über die 4 von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorte und die Hochstraße erzielt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

### **Beschluss:**

"Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Als weiterer Standort wird die Hochstr. abgedeckt."

**9./ Antrag der Fraktion "Die Linken" vom 12.12.2009  
hier: Abschaltung der Ampel Landstraße/ Sauerbruchstraße und Düsseldorfer Straße Höhe Lidl und Aldi außerhalb der Ladenöffnungszeiten und an Sonn- und Feiertagen.  
Vorlage: 66/004/2010**

---

### **Protokoll:**

---

**AM Schniewind** eröffnet mit der Bemerkung, dass es sich hierbei um einen Bürgerantrag und nicht um einen Antrag der Links-Fraktion handle.

**AM Heinze** erklärt, das Abschalten von Lichtzeichenanlagen sei gemäß StVO nur aus wichtigen Gründen gestattet. Daraus folge, dass Ampeln auch nachts zu betreiben seien, es sei denn, ein sicherer Verkehrsfluss sei gewährleistet. Auf der Landstr. sei eine Dunkelschaltung aber sicher vertretbar. Bei Lidl / Aldi auf der Düsseldorfer Str. sei kein Querungsbedürfnis von Fußgängern bekannt. Evtl. sei daher einer Ausnahmeregelung zustimmbar, da die Integration der Grünen Welle kurz bevorstehe. Den Verkehrsteilnehmern könne eine Aktivschaltung zur Nachtzeit nicht vermittelt werden.

**AM Schniewind** kritisiert die Begründung der Verwaltung für die Ablehnung als unzutreffend.

**Stv. Lerch** wünscht auch das Abschalten der Ampel an der Kreuzung Kaiserstr. / Kampstr. sowie der Fußgängerampel an der Deutschen Bank, um unnötigen Nachtlärm für die Anwohner zu vermeiden.

**TA Mering** erläutert, die Beampelung an der Deutschen Bank müsse so belassen werden, um Sehbehinderte zu schützen, weil der Kfz-Verkehr Vorrangstellung habe.

**Stv. Straßburg** empfiehlt keinen Beschluss vor der Realisierung der Grünen Welle zu fassen.

**AM Heinze** möchte den Bürgerantrag umsetzen, wenn die Grüne Welle aktiv sei.

**Bgo. Buckesfeld** erläutert, die Verwaltung habe sich für den sicheren Weg entschieden. Man befinde sich in einem Spannungsfeld zwischen Bürgerantrag und Straßenverkehrsbehörde, die eigenständig entscheiden könne. Die Verwaltung werde eine evtl. Umsetzung dieses Antrags nach Umsetzung der Grünen Welle prüfen.

**TA Mering** streicht heraus, die Grüne Welle ermögliche dem Hauptverkehr ein Dauergrün. Die Beschwerden an der Ecke Kampstr. seien insoweit nicht nachvollziehbar, als nur das Anfahren den Lärm verursache.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **Beschluss:**

"Der Bürgerantrag vom 12.12.2009 wird zunächst zurückgewiesen. Nach Umsetzung der Grünen Welle und den entsprechenden Erfahrungen hiermit, wird die Verwaltung eine Realisierung des Antrags erneut prüfen."

**10./ Antrag der Fraktion "Die Linke" vom 15.01.2010**  
**hier: Sperrung der B 228 zwischen Robert-Koch-Straße und Eisenbahn-**  
**straße für den LKW-Durchgangsverkehr**  
**Vorlage: 66/006/2010**

---

**Protokoll:**

**AM Schniewind** erklärt, dass die Links-Fraktion diesen Antrag zurückziehe. Die Problematik müsse im Rahmen der Beratungen zum Lärmaktions- und Verkehrsentwicklungsplan beraten werden.

**11./ Antrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2010**  
**hier: Antrag Querungshilfe Landstraße / Am Bandenfeld**  
**Vorlage: 66/008/2010**

---

**Protokoll:**

**AM Heinze** erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Er verdeutlicht, das Problem sei der Kinderschutz wegen den hohen gefahrenen Geschwindigkeiten auf dieser Strecke. Diese Gefahr sei mit geringem finanziellem und zeitlichem Aufwand linderbar.

**Stv. Greeff** möchte keine Einzelfälle sondern sämtliche Maßnahmen im Paket diskutieren, wie dies für den Verkehrsentwicklungsplan vorgesehen sei.

**Stv. Rehm** erklärt für die GAL-Fraktion diesen Antrag zu unterstützen, da die Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans zu lange dauere.

**Bgo. Buckesfeld** macht darauf aufmerksam, dass Antragsgegenstand formal nur die Diskussion über diese Situation ist und kein Antrag zur Umsetzung einer Maßnahme gestellt worden sei.

**Stv. Straßburg** erinnert sich vor 12 Jahren genau den gleichen Antrag gestellt zu haben. Damals wie heute sei die Erkenntnis, dass die Örtlichkeit dies nicht hergebe.

---

**AM Schniewind** sieht nicht nur die Kinder, sondern auch Senioren und Behinderte gefährdet und moniert, dass weder der ehrenamtliche Behindertenbeauftragte noch der Seniorenbeirat in dieser Angelegenheit gehört worden seien. Aus seiner Sicht biete ein Kreisverkehr die beste Lösung.

**Bgo. Buckesfeld** erinnert an die bestehende Vereinbarung zwischen Verwaltung und Politik, wonach der Behindertenbeauftragte bei Planungsfragen beteiligt werde. Die Situation sei in öffentlicher Sitzungsvorlage dargestellt worden, es bestand die Gelegenheit zur Kenntnisnahme für jedermann. Die Fußstrecke zum nächsten beampelten Straßenübergang sei nach den einschlägigen Regelwerken als zumutbar anzusehen, eine Abweichung davon eine „klassische Standarddiskussion“.

Der Vorsitzende, **Stv. Lemke**, pflichtet dem bei und meint, es gebe Dutzende vergleichbare Stellen im Stadtgebiet, wo vergleichbare Gefahr bzw. Komfort bestehe.

**Stv. Stracke** meint, die Kenntnisnahme des Behindertenbeauftragten auch außerhalb planerischer Maßnahmen sei dem Rat zugesagt worden und bittet künftig, diese Information sicherzustellen. Erschwerend komme an der Landstr. hinzu, dass viele parkende LKW die Sicht zusätzlich mindern. Das Gefahrenpotenzial sei zu groß, um auf die Realisierung von Maßnahmen des Verkehrsentwicklungsplans zu warten.

Im weiteren Verlauf sagt die Verwaltung die Anfertigung eines entsprechenden Planes zu, der in der nächsten Sitzung des BVVFA zu präsentieren sei.

**Stv. Greeff** kritisiert die Schaffung von Präzedenzfällen.

**TA Mering** zeigt Verständnis für die schwierige Verkehrssituation, verweist aber darauf, dass die Querungshilfe nicht unmittelbar an der Kreuzung gebaut werden könne.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

### **Beschluss:**

"Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfs wird eine weitere Beratung der Thematik für die kommende Sitzung des BVVFA anberaumt."

**12./ Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2010**  
**hier: Bau dynamischer Fahrgastinformationssysteme**  
**Vorlage: 61/012/2010**

---

### **Protokoll:**

---

**Bgo. Buckesfeld** verweist auf die Tischvorlage der Verwaltung, die Möglichkeiten einer Umsetzung des SPD-Antrages ausweise.

**StOBR Rautenberg** erläutert die Vorlage. Die Kosten betragen nach Abzug der noch nicht bewilligten Förderung durch das Land NRW 18.000 € pro Anlage plus Folgekosten von 10.000 € pro Jahr und Anlage. Die Stadt warte noch auf den Mustervertrag der Rheinbahn, der die Übernahme dieser Kosten klären soll. Wenn ein solches Fahrgastinformationssystem Wille des Rates sei, müssten entsprechende Haushaltsansätze gebildet werden. Auf weitere Nachfrage schätze er, dass die Auskunft der Rheinbahn noch ca. 1-2 Monate auf sich warten lasse.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

### **Beschluss:**

"Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen."

**13./ Antrag der SPD-Fraktion vom 09.11.2009**  
**hier: AK ÖPNV und AK Verkehr**  
**Vorlage: 61/013/2010**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Stracke** erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Er stellt fest, dass sowohl in Verwaltung als auch Fachausschuss nicht ausreichend Verkehrsexperten vorhanden seien, um den komplexen Aufgaben einer nachhaltigen ÖPNV-Planung gerecht werden zu können. Im Gegensatz zur Auffassung der Verwaltung spreche der AK Personal für einen Arbeitskreis im genannten Sachbereich. Es seien viele strategische Überlegungen notwendig, die den Rahmen des BVVFA sprengten. Die Verwaltung habe sich bereits in den vergangenen Jahren immer wieder dem Thema ÖPNV entzogen.

**Stv. Straßburg** ist der Auffassung, das Thema ÖPNV müsse zuverlässig beraten werden können, um Nachteile für die Bürger Haans zu vermeiden. Dies könne der BVVFA sicher nicht über die gesamte Legislaturperiode leisten. Er schlägt als Kompromiss vor, den Arbeitskreis ÖPNV für ein Jahr zu probieren. Einen Arbeitskreis Verkehr halte er für entbehrlich.

**AM Dr. Pech** erklärt, die ablehnende Vorlage der Verwaltung habe ihn überrascht. Die Mitwirkung bei Fahrplanänderung sei sehr wohl ein sachlich begründetes Thema für einen Arbeitskreis ÖPNV. In den letzten Jahren sei dies immer wieder an jeglicher politischer Beratung vorbei gelaufen. Auch die Mitwirkung bei der Fortschreibung der Nahverkehrsplanung

---

sei für Haan kein Nebenthema. Der Rückbau des ÖPNV zur Attraktivitätssteigerung desselben sei ebenfalls ein diskussionswürdiges Thema, welches nur absolute Experten einschätzen könnten.

**Bgo. Buckesfeld** führt aus, organisatorische und strategische Komponenten des Themas müssten voneinander getrennt betrachtet werden. Auf der inhaltlichen Seite können Vorbereitungen für einen Ausschuss wichtig sein, doch könne ein Arbeitskreis kein organisatorischer Ersatz für fehlende Ressourcenbereitstellung innerhalb der Verwaltung bzw. das operative Handeln der Ausschüsse sein. Hinzu komme, dass die Verwaltung für die Betreuung eines weiteren „offiziellen“ Arbeitskreises keine personellen Ressourcen mehr habe. Er erinnere in diesem Zusammenhang an die von der Hauptsatzung vorgesehene Reihenfolge von Ausschüssen und Arbeitskreisen. Die beiden bereits bestehenden Arbeitskreise arbeiteten mit eher geringem Erfolg, was die Frage nach Aufwand und Ergebnis derartiger Arbeitskreise aufwerfe. Er schlage daher vor, anlass- und themenbezogen den BVVFA von einer kleinen informellen Arbeitsgruppe vorbereiten zu lassen. Die Tragweite und Größe des Themenkomplexes ÖPNV habe nach seiner Auffassung nicht den strategischen Stellenwert beispielsweise der Arbeitskreise Personal/ Organisation/ Strategie.

**Stv. Rehm** findet dagegen, das Thema ÖPNV könne nicht mal eben nebenher gemacht werden und regele sich nicht von alleine.

**Bgo. Buckesfeld** fragt an, ob wirklich an die Gründung von zwei Arbeitskreisen (siehe Antrag: AK ÖPNV und Verkehr) nötig seien.

**Stv. Stracke** erklärt, der Arbeitskreis ÖPNV solle evtl. langwierige Beratungen im BVVFA abfedern und dauerhaft eingerichtet werden. Der Arbeitskreis Verkehr sei nur für die Zeit der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplanes nötig. Organisationsprobleme innerhalb der Verwaltung dürften nicht zu Lasten einer qualitativ ausgewogenen Ratsarbeit gehen. Die Frage sei einfach, ob sich der BVVFA mit bestimmten Fragen beschäftigen wolle. Zur Mitte der Ratsperiode könne überprüft werden, inwieweit sich der Arbeitskreis ÖPNV bewährt habe bzw. sinnvolle Ergebnisse liefere.

**Bgo. Buckesfeld** erinnert daran, dass auch ein oder zwei zusätzliche Arbeitskreise nicht die erheblichen Schwächen und Schnittstellenprobleme in der Hauptsatzung der Stadt und der Zuständigkeitsordnung beheben helfen.

**Stv. Greeff** macht deutlich, dass die Detailarbeit in Sachen Fahrpläne nicht im großen Kreis eines Fachausschusses geleistet werden könne. Er empfehle sich rechtzeitig vor einem Fahrplanwechsel mit Vertretern der Rheinbahn zusammzusetzen und die Haaner Wünsche deutlich zu machen.

Der Vorsitzende, **Stv. Lemke**, fragt, ob der Arbeitskreis ÖPNV den gleichen „offiziellen“ Status haben solle wie die beiden existierenden Arbeitskreise Personal und Strategie. Er schlage hierfür eine Arbeitsgruppe des BVVFA vor, die diesen Empfehlungen gebe. In diese Arbeitsgruppe solle jede Fraktion 1 Mitglied entsenden dürfen.

**Bgo. Buckesfeld** sieht die Verwaltung im Stande einen zusätzlichen Arbeitskreis mit rein informellem Charakter zu unterstützen. Nach 2 Jahren solle er auf Zweckmäßigkeit untersucht werden.

---

**AM Dr. Pech** möchte den Seniorenbeirat und das Jugendparlament an der Arbeit dieses Arbeitskreises beteiligt wissen.

Der Antrag des **Stv. Stracke**, den Arbeitskreis ÖPNV als offiziellen Arbeitskreis zu installieren, wird mit 7 Ja- und 10 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Der AK Verkehr könne als informeller Arbeitskreis geführt werden, da er bis zur Realisierung des Verkehrsentwicklungsplans wohl nur noch zweimal tagen werde.

### **Abstimmungsergebnis:**

14 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen

### **Beschluss:**

"Es wird ein Arbeitskreis ÖPNV als Unterausschuss des BVVFA mit einem Personalumfang von je einem Mitglied pro Ratsfraktion gebildet."

## **14./ Beantwortung von Anfragen**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Rehm** thematisiert erneut die Fußgängerampel an der Deutschen Bank und verdeutlicht die unbefriedigende verkehrliche Situation.

**TA Mering** erläutert, dass bei Dauergrün für die Fußgänger die Reparaturkosten an den Ampelschaltern für die Fußgänger unendlich teuer würden.

**Stv. Rehm** erkennt hierin keine befriedigende Antwort der Verwaltung und bittet die Verwaltung zum Protokoll um erneute Prüfung.

*Stellungnahme der Verwaltung: Die Verwaltung ist mit Straßen.NRW (Betreiber der Anlage) und einem Fachbüro im Gespräch um alternative Lösungsansätze zu erarbeiten. Mögliche Varianten werden dem Behindertenbeauftragten der Stadt Haan vorgelegt und anschließend dem Ausschuss erläutert.*

Es liegt eine schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion vor, die von einer erhöhten Bordsteinkante im Einmündungsbereich der Ludwigstr. handelt. Diese sei ein Ärgernis für Autofahrer und ein unnötiges Hindernis für Rollstuhlfahrer und Eltern mit Kinderwagen.

**TA Mering** erläutert ausführlich die verkehrliche Situation an der Wilhelmstr. / Ludwigstr. Er zeigt sich überrascht, weil die Verwaltung den Anwohnern diese Maßnahme, die der zusätzlichen Schulwegsicherung für Kinder diene, detailliert erläutert habe.

## **15./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

**TA Mering** teilt mit, dass am Gaudigweg, der Prälat-Marschall-Str. sowie am Schirrmannweg die Mülltonnen ab sofort zur Müllabholung durch die Müllabfuhr nicht mehr zentral vor den Grundstücken abgestellt werden dürfen, weil die Müllabfuhr aufgrund mangelnder Breite durch parkende PKW nicht mehr durch den Gaudigweg fahren kann. Die zentrale Aufstellung der abzuholenden Müllgefäße erfolge nun an der Prälat-Marschall-Str.

Der Vorsitzende, **Stv. Lemke**, nennt die Situation unbefriedigend.